

P.b.b. – Erscheinungsort Graz
Verlagspostamt 9500 Villach
GZ11Z038873
Retouren an Postfach 555 • 1008 Wien



Nr. 5/März 2012 | www.akstmk.at

ZAK

ZEITUNG DER KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE FÜR STEIERMARK

Steuer sparen

Jetzt zur Beratung in Graz und
allen AK-Außenstellen anmelden!

Seiten 2/3



Haariger Streit

Friseurlehrling wollte wegen
Überstunden zur AK gehen.

Seite 7

Schulbuffets

Zu viele Süßigkeiten und wenig
Fleischloses im Angebot

Seiten 14/15

Schitag

AK ÖGB Betriebssport laden am 10. März zum
Schispaß zum halben Preis am Lachtal.
Näheres im ACard Journal

Foto: Alexander Rochau - Fotolia

ZAK inhalt

Neue Strukturen für den steirischen ÖGB 4

Ökonom Flassbeck über Alternativen zum Sparen 5

Warm anziehen für Kältearbeit 6

Lehrling geschlagen, weil er zur AK gehen wollte 7

Graz-Umgebung ist Hochburg der PendlerInnen 8

Blutige Handys: Coltanabbau als Sklavenarbeit 9

Ernährungstipps 10

Ratenkauf: Rücktritt in zwei Wochen möglich 11

Bei Buchung an Reiseversicherung denken 12/13

Telekomgesetz beseitigt nicht alle Kostenfallen 13

Schulbuffets sind süße Verführer 14/15

Gleiches Pensionsalter für Frauen ist verfrüht 16/17

ExpertInnentipps und Leserforum 18

Satire/Willi Tell 19

Buchtipps/Serie: Jahrhundertschnee in Graz 20/21

Blitzlichter 22/23

Frauenfrühstück & Haderers Cartoon 24

Eine Veranlagung, die wirklich Gewinn bringt -

Holt euch euer Geld zurück! Das ist der Rat der Arbeiterkammer zur Arbeitnehmerveranlagung. Denn es ist das Geld der Beschäftigten, das der Staat zu viel kassiert hat – im Schnitt 300 Euro pro Person.

Rund 30 Prozent der steirischen Beschäftigten schenken trotz schwerer Zeiten ihr Geld dem Staat, weil sie aus Unwissen, Bequemlichkeit oder Unsicherheit keine Arbeitnehmerveranlagung machen. AK-Steuerexperte Dr. Bernhard Koller: „Hochgerechnet ergibt das 40 Millionen Euro, die pro Jahr beim Finanzamt liegen bleiben. Auf fünf Jahre gerechnet – so lange kann man sich für den Ausgleich Zeit lassen – sind das 200 Millionen.“ Dabei sei, so der Experte, das Ausfüllen des vierseitigen Formulars keine große Hexerei. Und wer umfangreichere Angaben machen muss, dem seien die AK-Steuerpartage ans Herz gelegt. „Wir sind im März mit unseren Steuerteams in allen steirischen Bezirkshauptstädten. Vereinbaren Sie einen Termin und holen Sie sich kostenlosen Rat“, bietet Koller an.

Beim Einheben der Lohnsteuer schert der Staat seine Bürger über einen Kamm. Besondere Lebensumstände, die die Steuer senken, werden erst im Nachhinein durch die Arbeitnehmerveranlagung berücksichtigt.

Familien

So gibt es für Familien zahlreiche steuerliche Begünstigungen. Der Kinderfreibetrag steht für alle Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, zu. Die außerhäusliche Betreuung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr (Kindergarten, Hort, Ferienlager, Sport- und Sprachferien, Babysitter usw.) kann bis zu einem Gesamtbetrag von 2.300 Euro berücksichtigt werden. Bei drei oder mehr Kindern gibt es den Mehrkinderzuschlag.

Pendler

Auch all jene, die aufgrund

eines geringen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen, bekommen Geld vom Finanzamt. Die sogenannte Negativsteuer macht bis zu 110 Euro aus. Wer überdies zur Arbeit pendeln muss, kann sich bis zu 251 Euro holen. Alle, die gerne spenden, können sich bis zu 40 Prozent der mit Belegen nachweisbaren Spenden vergüten lassen.

Betriebsratsumlage

Unter die Rubrik Werbungskosten fällt die Betriebsratsumlage. Der Steuerexperte betont, dass man die jährlichen Zahlungen für die Betriebsratsarbeit bei der Veranlagung eintragen muss, sonst werden sie nicht berücksichtigt. Aber auch Arbeitsmittel (PC, Laptop, das Messerset für Köche, Werkzeug für Handwerker usw.), Fachliteratur und die Kosten für Weiterbildung werden anerkannt.

Steuerpartage in allen Außenstellen

Für Einsteiger in die Welt der Arbeitnehmerveranlagung, aber auch für all jene, die wegen kniffliger Fragen eine Ausfüllhilfe benötigen, lohnt es sich, einen Termin bei den AK-Steuerpartagen zu vereinbaren und sich von ExpertInnen beraten zu lassen. Bringen Sie dafür alle notwendigen Unterlagen mit.

Termine vom 9. bis 23. März
Viermal Graz: am 9., 16. und 23. März, jeweils 10 bis 14 Uhr, am 20. März von 14 bis 20 Uhr (Hans-Resel-Gasse).

In den AK-Außenstellen findet die Beratung jeweils von 14 bis 18 Uhr statt, und zwar:
Voitsberg, Leoben: 12. März
Fürstenfeld, Liezen: 13. März
Bruck, Hartberg: 14. März
Deutschlandsberg, Murau: 15. März
Weiz, Judenburg: 19. März
Leibnitz, Mürzzuschlag: 21. März
Feldbach, Knittelfeld: 22. März.

Anmeldungen für die 20-minütigen Termine bitte unter Tel. 05 7799-2507.



Nicht verzweifeln: Die AK-Steuerexperten helfen weiter. (Fotolia)



Steuer sparen ist keine große Hexerei: AK-Präsident Walter Rotschädl und Steuerexperte Dr. Bernhard Koller (rechts) laden im März zu Beratungstagen in Graz und allen AK-Außenstellen. (Foto: AK)

Sparpaket geizt bei neuen Einnahmen

Auch wenn es gelungen sei, einige echte „Hämmer“ zu verhindern, sei das Sparpaket kein Anlass zur Freude, sieht AK-Präsident Walter Rotschädl vor allem Vermögensteuern zu wenig berücksichtigt.

„Es ist vor allem wichtig, dass die Erhöhung von Massensteuern wie Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer, die in einigen Köpfen herumgegeistert ist, verhindert wurde“, ist Rotschädl überzeugt. Von den geplanten Einsparungen schmerzten die Einschnitte im Pensionsrecht am meisten, auch wenn es gelungen sei, dass die Hacklerregelung unangestastet bleibt und die vorzeitige Angleichung des Frauenpensionsalters nicht stattfindet. Dennoch werde der Weg, das faktische Pensionsantrittsalter um 2 bis 3 Jahre zu erhöhen, für viele Betroffene

nicht einfach werden: „Hier wird abzuwarten sein, wie sich die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt ändern, um zu verhindern, dass statt der Frühpension nun in vielen Fällen die Arbeitslosigkeit droht.“ Insgesamt sei an dem Paket das Verhältnis zwischen Einsparungen und Einnahmen nicht zufriedenstellend. Bei vermögensbezogenen Steuern wäre aus Rotschädls Sicht viel mehr drinnen gewesen als Umwidmungsabgabe, Solidarabgabe und die sanftere Verschärfung bei der Gruppenbesteuerung. Die Finanztransaktionssteuer sei

ein richtiger Schritt, es bleibe jedoch abzuwarten, ob diese Forderung in der EU durchzusetzen sein werde. Die AK habe jedenfalls ein Konzept vorgelegt, das belege, dass es sehr wohl möglich sei, gerechte vermögensbezogene Steuern einzuführen, ohne den Mittelstand zu belasten. Die AK werde weiterhin für vermögensbezogene Steuern eintreten, schon aus Gründen der Steuergerechtigkeit, kündigt Rotschädl an: „Alle internationalen Vergleiche zeigen, dass Arbeit in Österreich überdurchschnittlich, Vermögen hingegen in keinem nennenswerten Ausmaß besteuert ist.“ Die Studie „Wer ist hier der Mittelstand – Vermögensteuern jetzt!“ finden Interessierte im Internet unter www.akstmk.at.



Walter Rotschädl
AK-Präsident

ZUR SACHE

Optimisten sagen, das Glas ist halb voll. Pessimisten sagen, das Glas ist halb leer. Ähnlich fielen die Reaktionen auf das Sparpaket aus. Aus Arbeitnehmersicht bleibt festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen Einsparungen und neuen Einnahmen, das die Regierung mit 7 : 3 angibt, nicht zufriedenstellend ist.

HALB LEER

Noch dazu, wo ein Teil dieser Einnahmen – nämlich die an sich richtige und notwendige Finanztransaktionssteuer – nur auf dem Papier der EU-Kommission steht. Und Papier ist bekanntlich geduldig. Auch viele der Einsparungen wurden zwar auf Punkt und Beistrich quantifiziert, das „Wie“ liegt aber in vielen Fällen noch in dichtem Nebel. Ähnlich verhält es sich beim späteren faktischen Pensionsantritt: Zwar werden die Hürden in die Frühpension fast ins Unüberwindliche erhöht. Die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Begleitmaßnahmen bleiben aber vage. Die Chance, die Schiefelage unseres Steuersystems – hohe Steuern auf Arbeit, praktisch keine Steuern auf Vermögen – zu begradigen, wurde vertan. So gesehen bleibt das Glas eher halb leer.

ÖGB hat sich rundum erneuert

Ein starkes Halbjahr für die Gewerkschaften in der Steiermark: Bis zur Landeskonferenz im Juni sollen in den zehn Regionen neue Strukturen geschaffen sein.

Die umfassendste Reform des ÖGB Steiermark seit Bestehen hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Vier Jahre nach der Zusammenlegung von Bezirken in insgesamt nur noch zehn Regionen geht die erste Periode mit neuen Strukturen zu Ende. Zwischen 24. März (Region Südsteiermark) und 31. Mai (Region Obersteiermark Ost) finden die Regionalkonferenzen des ÖGB Steiermark mit der Neuwahl aller Gremien statt. Als Abschluss folgt am 20. Juni die Landeskonferenz in Graz.



Horst Schachner: ÖGB ist sparsamer geworden. (Foto: ÖGB)

Erfolgsstory

„Die Reform des ÖGB Steiermark war eine aus der Not geborene Erfolgsstory“, spielt der ÖGB-Landesvorsitzende Horst Schachner auf die

Notwendigkeit an, nach der BAWAG-Krise schlankere Strukturen festzulegen. „Der ÖGB ist sparsamer geworden, ohne beim Mitgliederservice an Effizienz zu verlieren“, ist Schachner überzeugt. „Darüber hinaus war die Reform ein demokratiepolitischer Schub mit einer exakten Frauenquote nach Mitgliederanteil in den Gremien und mit einer Stärkung der Rechte von Minderheitsfraktionen. Elemente, die heute gar nicht mehr wegzudenken sind.“

Die Mitgliederzahlen haben sich nach den BAWAG-Turbulenzen stabilisiert und liegen bei 160.000 in der Steiermark, wobei sich Zuwächse in Einzelgewerkschaften mit Rückgängen in anderen ausgleichen.



Mag. Karl Schneeberger

AK-Betriebsbetreuung/Arbeitnehmerschutz
Sicherer, aber nicht gesünder

Werden Arbeitsplätze sicherer? Wie sieht die Entwicklung der Unfallzahlen aus?

Die höchste Gefährdung liegt im Hochbau, da erleidet fast jeder zehnte Beschäftigte einen Unfall. Insgesamt sind in der Steiermark die Zahlen (ohne Wegunfälle) 2010 von 15.119 auf 12.740 zurückgegangen, österreichweit auf 92.954. Die Arbeit ist zwar sicherer, aber nicht gesünder geworden. Während Muskel- und Skeletterkrankungen bei der Invaliditätspension mit einem Anteil von 32% gleichbleiben, ist der Anteil

aufgrund psychischer Probleme von 21 auf 32 Prozent gestiegen. Wer übrigens die hohe Rate von Invaliditätspensionen kritisiert: Bezieher von I-Pensionen sterben im Schnitt um zehn Jahre früher als andere Pensionisten.

Welche Mängel werden bei Kontrollen des Arbeitsinspektors häufig beanstandet??

Die meisten Beanstandungen (7.264 in der Steiermark) gibt es bei Arbeitsstätten/Baustellen sowie Arbeitsmitteln. Bei Arbeitszeitübertretungen (917 Fälle) betrifft mehr als die Hälfte Kraftfahrer, die Bedingungen im Transport-

gewerbe sind nach wie vor schlecht.

Wo liegen die Problemzonen bei der Beratung von Betriebsräten?

Hier drehen sich die Hauptanliegen um Arbeitszeit und Kontrolle. Immer häufiger sind Betriebsräte damit konfrontiert, dass Arbeitgeber flexible Arbeitszeitmodelle vorschlagen, die vom jeweiligen Kollektivvertrag nicht gedeckt sind. Außerdem stellen wir einen Boom bei Anfragen wegen zulässiger Überwachung am Arbeitsplatz mit Video und GPS fest.

„Statt der notwendigen Herzoperation fummelt die EU am Knie herum.“ Für den deutschen Ökonomen Heiner Flassbeck ist die Konzentration auf die Staatsschulden die falsche Strategie zur Krisenbekämpfung, wie er im ZAK-Interview mit Berndt Heidorn erläutert.

Herr Professor Flassbeck, die Antwort der EU auf die Eurokrise lautet Sparen, Sparen und noch einmal Sparen. Ist das die richtige Strategie?

Flassbeck: Nein, Sparorgien lösen das Problem nicht. Es gibt keinen Beleg dafür, dass die Zinsentwicklung von den Staatsschulden abhängig ist. Zum Beispiel hat Japan eine hohe Staatsverschuldung (rund 200% des Bruttoinlandsprodukts), aber niedrige Zinsen. In Bulgarien ist es genau umgekehrt. Innerhalb der Währungsunion gab es bis vor Kurzem einheitliche Zinsen trotz unterschiedlich hoher Staatsschulden. Die Theorie, dass die Zinsen mit den Staatsschulden steigen, ist also falsch.

Aber ist Sparen angesichts der steigenden Staatsschulden nicht angebracht?

Übertriebenes Sparen ist gefährlich. Wenn die Einkommenserwartungen der Menschen schon negativ sind und sie sparen und die Unternehmen sparen, kann nicht auch noch der Staat sparen. Auch dafür ist Japan ein gutes Beispiel. Sie dürfen nicht vergessen, dass der Konsumanteil in den drei großen Wirtschaftsregionen USA, Europa und Asien 80% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Den Gürtel enger zu schnallen hilft nicht. In Europa läuft Sparen in Wirklichkeit auf die Zerstörung des Euro hinaus, weil die Länder nicht mehr aus der Rezession herauskommen. Defizite können in einer Rezession nicht heruntergefahren werden.

Wenn nicht die Staatsschulden für die gegenwärtige Krise der Währungsunion

Übertriebene Sparen ist gefährlich



„Sparorgien lösen keine Probleme.“: Prof. Dr. Heiner Flassbeck mit AK-Präsident Walter Rotschädl (Fotol: AK)

verantwortlich sind, was ist dann das Problem?

Voraussetzung für eine Währungsunion ist unter anderem, dass sich die Inflationsrate in den teilnehmenden Ländern gleichmäßig entwickelt. Das ist aber nicht der Fall. Die Inflation ist in den zehn Jahren seit Bestehen der Währungsunion in den Ländern Südeuropas deutlich über dem Inflationsziel von 2%, in Deutschland und Österreich deutlich darunter. Früher hätten die Länder mit einer Abwertung reagiert, das geht aber in einer Währungsunion nicht. Deswegen ist die Wirtschaft in Südeuropa nicht wettbewerbsfähig, das ist aber die Schuld beider Seiten, derer, die über dem Inflationsziel lagen, genauso wie derer, die darunter lagen.

Was sind die Gründe, dass

sich die Inflationsraten so unterschiedlich entwickelt haben?

Der entscheidende Grund ist die Lohnzurückhaltung vor allem in Deutschland, aber auch in Österreich. Dadurch haben sich diese Länder Wettbewerbsvorteile verschafft, die zulasten Südeuropas gegangen sind. Denn die Handelsbilanzüberschüsse, die Deutschland und Österreich erwirtschaften, müssen sich ja irgendwo als Handelsbilanzdefizite widerspiegeln.

Wie lautet Ihr Vorschlag, die Krise der Währungsunion in den Griff zu bekommen?

Meine Therapie ist eine Ursachen-therapie. Die Löhne müssen wieder zusammenwachsen. Ich habe ausgerechnet, dass die Löhne in Deutschland um 4,5, in Österreich um 3,8% jährlich steigen müssten, da-

mit in zehn Jahren wieder „Waffengleichheit“ bei der internationalen Konkurrenzfähigkeit herrscht.

Aber bedeutet das nicht zwangsläufig, dass in der deutschen und österreichischen Exportindustrie mit den Marktanteilen auch Arbeitsplätze verloren gehen?

Ja natürlich, aber in einem 10-jährigen Prozess, während dessen sich die Volkswirtschaft darauf einstellen kann, insbesondere durch eine Ausweitung der Binnennachfrage. Die Alternative wäre viel schlimmer: Gelingt es nicht, die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder wiederherzustellen, droht der Ausstieg dieser Länder aus der Währungsunion mit drastischer Abwertung. Dann ist die Exportwirtschaft im Norden über Nacht tot.

ZAK info

„Stiftingtaler Gespräch“ am 1. März in Grazer AK

Eurokrise ohne Ende? Bei einem „Stiftingtaler Gespräch“ am 1. März erforschen hochkarätige Wirtschaftsexperten Krisenursachen und bieten Alternativen zum Sparzwang an.

In seiner jüngsten Publikation „Zehn Mythen der Krise“ wirft Heiner Flassbeck einen provokanten Blick auf das ökonomische Desaster, das Europa in Atem hält. Der 1950 geborene Wirtschaftsforscher, kurzzeitig Finanzstaatssekretär unter Oskar Lafontaine in der Regierung Schröder I, leitet bei der UNCTAD (UN-Organisation

für Handel und Entwicklung) die Abteilung für Globalisierung und Entwicklung. Auf Flassbecks „Wege aus der Eurokrise“ kann man bei der AK-Podiumsdiskussion am 1. März gespannt sein (Beginn: 9.30 Uhr). Nach der Eröffnung durch AK-Präsident Walter Rotschädl referiert außerdem Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien, zum Thema „Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit“. Anmeldungen per Mail an: eveline.decker@akstmk.at



Für Arbeiten im Freien gibt es keine Temperaturuntergrenze. (Fotolia)

Kältearbeit kein frostiges

Wer Kältearbeit verrichtet, muss sich gut schützen: Denn es gibt zwar zwar Mindesttemperaturen für Arbeitsräume, für Arbeiten im Freien aber gibt es keine Untergrenzen.

Kältearbeit beginnt für den Menschen bereits ab einer Temperatur von +15°Celsius und niedriger. Solche Arbeitsplätze sind häufig anzutreffen bei der Herstellung und Lagerung von Nahrungsmitteln, aber auch bei Arbeiten im Freien, bei denen Wind, Nässe sowie hohe Luftfeuchtigkeit die Kälteempfindung zusätzlich verschärfen.

„Arbeitgeber sind im Rahmen der Gefahrenewertung verpflichtet, für Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten zu sorgen – dies gilt auch für den Schutz gegen Kälte“, erklärt AK-Expertin Mag. Claudia Kaltenböck. Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen dürfen auf keinen Fall zulassen der Beschäftigten gehen.

ten der Beschäftigten gehen.

Temperaturlimits

In Arbeitsräumen ist dafür zu sorgen, dass die Lufttemperatur

- bei geringer körperlicher Belastung zwischen 19 Grad und 25 Grad Celsius,
- bei normaler körperlicher Belastung zwischen 18 Grad und 24 Grad Celsius und
- bei Arbeiten mit hoher körperlicher Belastung mindestens 12 Grad Celsius beträgt. Abweichungen darf es nur aus produktionstechnischen Gründen geben. Der Arbeitgeber muss aber dafür sorgen, dass die Beschäftigten durch technische oder organisatorische Maßnahmen vor unzu-

Sucht man einen neuen Arbeitsplatz, so legt man in der Regel den Bewerbungsunterlagen auch Dienstzeugnisse vorangegangener Beschäftigungen bei.

Dienstzeugnis darf Jobsuche nicht erschweren

„Ein Dienstzeugnis darf in Inhalt und Form nichts enthalten, das ArbeitnehmerInnen das Erlangen einer neuen Stelle erschwert“, erklärt AK-Arbeitsrechtsexperte Franz Kürbisch. Allerdings seien Aufbau und Formulierung Sache des Arbeitgebers, natürlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Aus der Beschreibung der Tätigkeit muss sich ein klares Bild über die Arbeiten des Arbeitnehmers ergeben. Hat sich der Aufgabenbereich geändert, sind sämtliche Tätigkeiten aufzulisten. Eine inner- oder überbetrieb-

liche Funktion als Interessenvertreter (Betriebsrat, Gewerkschaft) darf im Zeugnis nicht erwähnt werden.

Jeder Arbeitnehmer hat auf Verlangen bei Beendigung eines Dienstverhältnisses Anspruch auf ein einfaches schriftliches Zeugnis. Die Kosten der Ausstellung hat der Arbeitgeber zu tragen. Auch während eines aufrechten Dienstverhältnisses kann man ein „Zwischenzeugnis“ verlangen, allerdings auf eigene Kosten.

Rechtliche Qualifikationen, wie etwa die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kollektivvertrag oder Einreihung in

eine bestimmte Verwendungsgruppe, müssen im Dienstzeugnis nicht festgehalten werden.

Positive Formulierungen

Gerade in qualifizierten Zeugnissen kann sich – hinter auf den ersten Blick positiven Formulierungen – eine Botschaft verstecken, die letztlich eine negative Wertung ermöglicht, wie zum Beispiel „Frau M hat sich stets bemüht, ihre Aufgaben zu erfüllen“ oder „Herr L hat sich im Rahmen seiner Fähigkeiten eingesetzt“. Grundsätzlich, so der AK-Experte, sei in Formulierungen der Superlativ zu verwenden, da

alle anderen Formulierungen von Personalverantwortlichen bereits als negativ angesehen werden. So muss es „zu unserer vollsten Zufriedenheit“ und nicht „zu unserer vollen Zufriedenheit“ lauten.

Der Anspruch auf Ausstellung eines Dienstzeugnisses verjährt erst nach 30 Jahren. Damit es zu keinen Problemen kommt, sollte man ein Dienstzeugnis sofort nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses schriftlich verlangen. Bei Zweifel über korrekte Formulierungen können Sie das Dienstzeugnis gerne von der Arbeiterkammer überprüfen lassen.

kennt - Limit -

träglichen raumklimatischen Einwirkungen geschützt sind.

Arbeiten im Freien

Für das Arbeiten im Freien gibt es keine Temperaturuntergrenze, jedoch muss auch hier der Arbeitgeber die Gefährdungen und Belastungen der Beschäftigten evaluieren und entsprechende Maßnahmen treffen.

Was hilft bei Frost?

- Wetter- bzw. Kälteschutzkleidung: Allen ArbeitnehmerInnen, die Kälte ausgesetzt sind, muss eine entsprechende persönliche Schutzausrüstung (Wetter- bzw. Kälteschutzkleidung) zur Verfügung stehen. Die Kleidungsstücke sind vom Arbeitgeber auszutauschen, wenn sie den Schutzzweck nicht mehr erfüllen. Die Schutzkleidung muss weiters den gesetzlichen Bestimmungen und Normen entsprechen, muss atmungsaktiv und bei schlechten Sichtverhältnissen auch mit Reflektoren ausgestattet sein.
 - Heiße Getränke sind eine durchaus sinnvolle ergänzende Maßnahme.
 - Beheizte Aufenthaltsräume: Bei tiefen Temperaturen ist es erforderlich, den Beschäftigten Gelegenheit zu geben, die Arbeit zu unterbrechen und zum Aufwärmen einen beheizten Arbeitsplatz oder Aufenthaltsraum aufzusuchen.
- Für Bauarbeiter müssen Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen. Diese müssen gegen Witterungseinflüsse Schutz bieten und während der kalten Jahreszeit so beheizt werden, dass eine Raumtemperatur von mindestens 21 Grad Celsius erreicht wird.



Friseurin schlug Lehrling, der zur AK gehen wollte

Ein haariger Streit um Überstunden brachte Chefin und Friseurlehrling vor Gericht: Die AK erwirkte vom Insolvenzfonds eine saftige Nachzahlung für das Mädchen, da die Arbeitgeberin vorher Konkurs angemeldet hatte.

Die Ankündigung des Lehrlings, wegen unbezahlter Überstunden zur Arbeiterkammer zu gehen, ließ die Lehrberechtigte ausrasten. Sie zog die junge Frau an den Haaren und riss ihr ein Büschel Extensions aus. Gleichzeitig traktierte sie die Jugendliche mit Schlägen und Tritten. Diese wiederum fügte der Chefin mit ihren langen Fingernägeln einen Kratzer im Gesicht zu. Für die Leiterin der AK-Bildungs- und Jugendabteilung, Mag. Ursula Strohmayer, hat die schlagkräftige Auseinandersetzung zwar Seltenheitswert, allerdings werden der AK immer wieder Übergriffe von Lehrberechtigten gemeldet: „Beschimpfungen und Ohrfeigen stehen immer wieder auf der Tagesordnung, häufig sind Mädchen auch mit verbalen Anzüglichkeiten oder Begrapschen konfrontiert.“

Hilfe ist in jedem Fall nicht einfach: „Wir gehen in die Betriebe und nehmen mit dem Arbeitsinspektorat alles unter die Lupe.“ Im Erst-

fall setzt es Mahnungen, im Wiederholungsfall kann die Bezirksverwaltungsbehörde auch Geldstrafen (zwischen 72 und 1.090 Euro pro Delikt und Lehrling) verhängen. Schließlich kann dem Betrieb auch die Lehrberechtigung entzogen werden.

Unbürokratische Hilfe

„Wir gehen allen Hinweisen anonym und unbürokratisch nach“, ermuntert Strohmayer Lehrlinge, auf ihrem Recht zu bestehen. Die AK-ExpertInnen können auch ohne Terminvereinbarung unter 05 7799-0 kontaktiert werden (am langen Dienstag in Graz bis 20 Uhr, damit sich eine Beratung außerhalb der Lehrzeit ausgeht). Für den Friseurlehrling hatte die Haarspalterei um 213 unbezahlte Überstunden ein versöhnliches Ende: Da die verurteilte Arbeitgeberin den ausständigen Betrag wegen Zahlungsunfähigkeit nicht begleichen konnte, übernahm der Insolvenzfonds vor Kurzem die Kosten.

rudolf.willgruber@akstmk.at

ZAK info

Arbeitszeit mitschreiben

- Gemäß § 26 Abs. 1 AZG hat der Arbeitgeber Aufzeichnungen über die geleisteten Arbeitsstunden zu führen. Besonders in der Gastronomie gehören Übertretungen der Arbeitszeit zum beruflichen Alltag. Der Arbeitszeitkalender der AK-Jugend erleichtert eine Beweisführung im Streitfall.
- Werden Überstunden trotz Verbotes geleistet, sind diese mit einem Zuschlag von 50 Prozent gesondert zu bezahlen.
- Bei der Überstundenentlohnung ist für über 18-jährige Lehrlinge das niedrigste im Betrieb bezahlte Entgelt für FacharbeiterInnen oder Angestellte heranzuziehen.
- In der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr dürfen Jugendliche nicht beschäftigt werden. Ausnahmen gibt es für Jugendliche über 16 Jahre im Gastgewerbe. Sie dürfen bis 23 Uhr beschäftigt werden.

Graz-Umgebung ist Pendlerhochburg

Pendeln über Bundesländergrenzen hat im vergangenen Jahrzehnt deutlich zugenommen.



Mehr als 300.000 Steirer pendeln aus ihrer Gemeinde aus. (Fotolia)

Die Steiermark ist in Bewegung: Um zur Arbeit zu kommen, pendeln mehr als 300.000 SteirerInnen aus ihrer Heimatgemeinde in eine andere. Während die Arbeitswege innerhalb der Wohngemeinde seltener geworden sind, stieg die Anzahl derer, die über den Wohnort hinausgehen, im vergangenen Jahrzehnt deutlich. Besonders gestiegen ist die Anzahl der Pendler, die länger als 45 Minuten pro Strecke unterwegs sind.

In der Stadt Graz sind vor allem die EinpendlerInnen aus anderen Bundesländern zahlreicher geworden, am meisten verändert hat sich im vergangenen Jahrzehnt jedoch im Bezirk Graz-Umgebung: Die Zahl der Bezirksinnenpendler hat um fast zwei Drittel zugenommen, die Zahl jener aus den anderen steirischen Bezirken immerhin auch um fast 30

Prozent. Aus anderen Bundesländern in den Speckgürtel um Graz kommen gleich um 142 Prozent mehr als zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Ebenso merklich zugenommen hat das Pendeln in den Bezirken Radkersburg,

Voitsberg und Liezen. „Man sieht deutlich: Um überhaupt Arbeit zu haben, sind die Menschen derzeit bereit, immer weiter zu fahren“, so AK-Verkehrsreferent Franz Fromm.

Ursula Jungmeier-Scholz

Frauen profitieren von Beihilfe

Rund 10.000 steirische PendlerInnen haben davon profitiert, dass die AK die Beihilfe zusammen mit dem Land gerettet hat. Jetzt kann sie für 2011 beantragt werden.

„Das Einspringen der AK für die PendlerInnen hat sich im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt gemacht“, betont AK-Präsident Walter Rotschädl. Im Schnitt gab es für jene, die mindestens 25 Kilometer zum Arbeitsort fahren müssen, 115 Euro. Da die Beihilfe nur bis zu einer Einkommensgrenze von 28.300 Euro bezogen werden kann, haben zum überwiegenden Teil Frauen davon profitiert. Sieben von zehn Beziehenden waren weiblich. Ein Drittel der Kosten für die Beihilfe, die im Vorjahr fast dem Sparstift des Landes zum Opfer gefallen wäre, hat die AK übernommen, ebenso die organisatorische Abwicklung. Mehr als eine Million Euro wurden für das Jahr 2010 ausbezahlt, um 4 Prozent mehr als im Jahr davor.

Seniorenanpassung und neuer Jugendtarif

Gleichbehandlung im Verkehrsverbund: Seit dem 1. Jänner 2012 erhalten nun auch pensionierte Männer bereits ab dem vollendeten 60. Lebensjahr (früher ab dem 65.) auf Stunden- und 24-Stunden-Karten eine Seniorenermäßigung.

Diese Altersgrenze wird alle zwei Jahre um ein Jahr angehoben. Pensionisten und Pensionistinnen zahlen allerdings nun nur noch 40 Prozent weniger – früher war es die Hälfte. Um ein Seniorenticket kaufen zu können, benötigt man die ÖBB-Vorteilscard Senior, auch wenn man eine Karte für die Straßenbahn oder den Postbus kauft. Ganz neu eingeführt wurde

mit Jahresbeginn eine Ermäßigung für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren. Sie erhalten, gleich wie die Senioren, im Verbund steiermarkweit 40 Prozent Nachlass auf Stunden- und 24-Stunden-Karten. Zum Nachweis ihres Alters reicht ein Lichtbildausweis.

Eine weitere Änderung gab es mit dem Jahreswechsel bei den Familienkarten: Statt wie bisher um 50 Prozent billiger erhalten Eltern, die einen steirischen Familienpass besitzen, wenn sie mit Kind(ern) unterwegs sind, eine um 40 Prozent ermäßigte Verbund-Karte. Sämtliche Ermäßigungen der ÖBB sind gleichgeblieben.

Ticketrabatt bei verspäteten Zügen

Immer wieder erleben Zugreisende massive Verspätungen, die sie so nicht hinnehmen müssen. Die erste Anlaufstelle ist immer das Beschwerdemanagement des betreffenden Eisenbahnunternehmens. Im Falle der ÖBB gibt es von Montag bis Freitag von 7 bis 17.30 Uhr eine Hotline unter 0810 100 755. Ansonsten mailt man an anregungen.kritik@pv.oebb.at. Erst wenn dadurch keine Einigung erzielt wurde, können sich Fahrgäste an die Schienen Control wenden, telefonisch 01 5050707, per Mail unter schlichtungsstelle@scg.gv.at oder per Post an SCG-Schlichtungsstelle, Frankenberggasse 9/5, 1040 Wien.

Im Falle gravierender Zugverspätungen bekommen Fahrgäste eine Entschädigung: 25 Prozent des Ticketpreises – und einen Imbiss – bei mehr als 60 Minuten. Kommt der Zug mehr als zwei Stunden zu spät, erhält man die Hälfte des Fahrpreises zurück. Geht es gar nicht mehr weiter, muss das Bahnunternehmen für eine Ersatzbeförderung oder eine Hotelunterbringung sorgen. Keine Entschädigung gibts, wenn sich ein Selbstmörder auf die Gleise gelegt hat. Ebenso wenig im Fall eines angekündigten Streiks oder wenn beim Kauf des Tickets über eine mögliche Verspätung informiert worden war.

In der Demokratischen Republik Kongo schufteten Kinder und Jugendliche in von Rebellen kontrollierten Minen, um Coltan zu gewinnen. Der Rohstoff für die Mobilfunkindustrie wird auf illegalen Wegen in die Industriestaaten exportiert und ist für die Hersteller von Mobiltelefonen unentbehrlich.



Das Schürfen nach Coltan in Nord Kivu im Kongo ist Schwerstarbeit. (Lucas Oleniuk/Zuma/picturedesk)

Blut aus dem Handy

Der eine Bub ist 15 Jahre jung, der andere keine zehn. In ihren Augen ist längst nichts mehr zu lesen von einer unbefangenen Kindheit. Sie schufteten in den Coltan-Minen des Kongo. Coltan ist ein Metall, nach dem die Welt giert, weil jedes Handy es zum Betrieb braucht, das es aber nur in Australien und Afrika gibt. „Coltan ist ein Schatz für die einen und ein Fluch für die anderen“, so der Journalist Patrick Forestier im ZDF-Film „Kongos verfluchter Schatz“.

Verfluchter Schatz

In den unwegsamen Bergen des östlichen Kongo hacken es Männer, Jugendliche und Kinder aus dem kalkigen Boden. Wenn sie Glück haben, können sie das wertvolle Coltan selbst an Händler weiterverkaufen. Doch meist holen es sich die Rebellen, die damit ihren blutigen Kampf gegen die Regierung finanzieren. „Wer nicht mehr arbeiten kann, wird einfach geköpft oder erschossen.“

„Große Handy-Produzenten wissen, dass Coltan ein Metall ist, an dem Blut klebt, das täglich Menschenleben fordert“, so das ZDF. „Doch sie unternehmen nichts, sie kaufen weiter das begehrte Metall von dubiosen Händlern, nur damit auf der Sonnenseite der Erde schon Kinder mobil telefonieren können.“

Kampf um Rohstoffe

Nach einer Studie der US-Menschenrechtsorganisation Enough erwirtschaften bewaffnete Gruppen im Kongo mit Mineralien jährlich bis zu 225 Millionen Dollar. Die Hälfte des weltweit geförderten Coltans stammt aus dem Kongo und seinen Nachbarstaaten. Im Ostkongo liegen die Kosten des Abbaus bei rund 20 Dollar pro Tonne, in Australien, Kanada oder den USA sind sie fünfmal so hoch. Auch Kassiterit aus dem Kriegsgebiet ist billig zu haben, zu einem Viertel des Preises in Indien, Malaysia oder Indonesien. Kein Wunder

angesichts der an Sklaverei grenzenden Arbeitsbedingungen.

Graues Pulver

Die größten Profite in der Handelskette erzielen jedoch multinationale Firmen, die Metalle aus den Erzen lösen; mithilfe aggressiver Flusssäure gewinnt man Tantal. Das ist ein anthrazitfarbenes Pulver, dessen nur wenige Tausendstelmillimeter kleine Körner zu Metallschwämmen umgeformt werden; winzige Kondensatoren können die elektrische Ladung sehr schnell aufnehmen und wieder abgeben.

Inzwischen haben sich die meisten europäischen und amerikanischen Erzverarbeiter aus dem Ostkongo zurückgezogen. Die USA unterwerfen den Handel mit Rohstoffen aus Kriegsgebieten des Kongo strengen Regeln. Rund 90 Prozent der Erzproduktion gehen heute nach Asien. Auch chinesische Firmen kaufen zunehmend im Kongo ein.

Der dänische Dokumentarfilmer Frank Poulsen deckte ebenfalls die schonungslose Sklaverei im Kongo auf: „Heute herrscht brutaler Kapitalismus statt Imperialismus. Aber das Ergebnis ist dasselbe: Wir holen uns die Güter, und Afrika kriegt dafür Elend und schlimmstenfalls Krieg noch dazu.“

Milliardengeschäft

Die Handy-Firmen kümmern sich damit heraus, dass es nicht möglich sei, die Herkunft des Coltans zu bestimmen. Aber ohne diese kostbaren Erze Kassiterit und Coltan wäre unser Leben in der modernen Welt kaum vorstellbar: Erze, die in Handys und Laptops verarbeitet werden, in Digitalkameras, Flachbildschirmen und Spielkonsolen. Mehr als 1,2 Milliarden Handys wurden 2009 weltweit verkauft. Gesamtumsatz der Mobilfunkdienste: 578 Milliarden Euro.

Rudolf Willgruber



Voll Vital

Ernährungstipps
von
Dr. Michaela Felbinger

Diäten unter der Lupe

Das Thema „ein par Kilo weniger“ beschäftigt wieder? Immer neue Wunderdiäten und Schlankheitsmittel begnen uns auf Schritt und Tritt.

Kaum eine Zeitschrift, die keine eigene Diät propagiert, und Slogans wie „10 kg in 1 Woche“ gibt es tatsächlich immer noch. Doch allzu oft sind Diäten mehr Schein als Sein. Misserfolge sind programmiert, denn einer kurzfristigen Gewichtsabnahme folgt häufig wieder eine rasante Gewichtszunahme.

hält nicht, was sie verspricht, und ist wissenschaftlich nicht haltbar.

Max-Planck-Diätplan

Vorgegeben ist ein einschränkender 7-Tages-Plan, der während zwei Wochen wiederholt werden soll. In der Zeit hat man nicht nur 9 Kilo verloren,

Jo-Jo-Effekt nach der Diät ist programmiert.

Das wissenschaftliche Max-Planck-Forschungsinstitut distanziert sich mit Vehemenz, die Diät wurde nicht vom Institut erstellt.

Atkins-Diät

Kohlenhydrate wie Kartoffeln, Brot, Teigwaren, Zucker sowie Obst werden extrem eingeschränkt. Eiweiß und Fett können unbeschränkt gegessen werden. Wie bei vielen Diäten fehlt eine gesunde Veränderung des Essverhaltens, Grundvoraussetzung für Langzeiterfolge. Auswirkungen wie Anstieg der Blutfette, Erhöhung des Harnsäurespiegels mit Auslösung eines Gichtanfalles, Belastung der Nieren aufgrund der hohen Eiweißzufuhr, Darmbeschwerden wegen des Ballaststoffmangels sowie eine Unterversorgung mit Vitaminen und Mineralstoffen sind nicht auszuschließen. Der erzielte Gewichtsverlust kann nur unter dauernder Einhaltung der Kohlenhydrateinschränkung beibehalten werden. Langfristig hält das kaum jemand durch und sollte der Gesundheit zu liebe auch niemand.

Abnehmen besser, erfolgreicher und gesünder – in der nächsten ZAK.

E-Mail: dr.felbinger@tmo.at



sondern nimmt die nächsten 3 Jahre auch nicht zu!

Neben der einseitigen Nahrungsmittelauswahl beträgt die Energiezufuhr rund 500 Kalorien pro Tag und ist damit viel zu niedrig. Die Gewichtsabnahme beruht in erster Linie auf Verlust von Muskelmasse, denn der Körper muss zur Versorgung auf diese Eiweißreserven zurückgreifen. Grundsätzlich ist die Muskelmasse ein wesentlicher Faktor hinsichtlich des Energiebedarfs. Abnahme der Muskelmasse bedeutet somit weniger Kalorienbedarf – der

Kritische Punkte

Trifft einer dieser Punkte zu, rate ich zur Vorsicht. Treffen gleich mehrere Punkte zu, dann gilt „Hände weg“.

- Die tägliche Energiezufuhr liegt unter 1.200 Kilokalorien.
- Die Lebensmittelauswahl ist unausgewogen und einseitig.
- Es wird eine Gewichtsreduktion ohne Änderung der bisherigen Gewohnheiten versprochen. Das Ernährungsverhalten wird langfristig nicht geändert.
- Es wird eine Gewichtsreduktion von mehr als einem Kilogramm pro Woche versprochen.
- Die Diät oder das Programm basiert ausschließlich auf dem Verkauf von Produkten.

Blutgruppendiät

Abhängig von der Blutgruppe gelten unterschiedliche Ernährungsempfehlungen. Die Nahrungsmittelauswahl ist je nach Blutgruppe sehr einseitig und führt langfristig zu Nährstoffmängeln. Die Diät

Kostenfalle Onlinespiele

Kostenlose Online-Games zielen auf den Kauf von Extras ab und können auch erhebliche Verbindungskosten verursachen, ergab ein Spielertest im Auftrag der Arbeiterkammer. „Bei allen fünf getesteten Spielen können Zusatzkosten durch Extramaterial oder Jahresmitgliedschaften von 36,50 bis 90 Euro entstehen“, warnt AK-Experte MMag. Josef Kaufmann vor kostenpflichtigen Inhalten, auf die erst auf weiterführenden Seiten oder in den AGB hingewiesen wird. Außerdem könnten bei einem mobilen Zugang zu Online-Games nicht unerhebliche Verbindungskosten entstehen. Aufgrund dieser Haken fordert der AK-Experte eine verpflichtende Kennzeichnung der versteckten Kosten von Computerspielen.

E-Autos sind Rarität

Mit 0,19 Prozent der Neuzulassungen liegen E-Autos noch unter der Wahrnehmungsgrenze. Aufgrund hoher Anschaffungskosten ist auch das Leasing von Elektrofahrzeugen sehr kostenintensiv, ergab eine Studie der AK-Marktforschung. So bekommt man das Benzinmodell Mitsubishi Colt ab 78 Euro monatlich, während das Elektrofahrzeug Mitsubishi iMiEV erst ab einer Rate von 349 Euro zu haben ist.

Die für Graz geplanten Leasing- und Car-Sharing-Varianten in Kombination mit Dauerkarten des öffentlichen Verkehrs stehen noch nicht fest. Allerdings haben Kombiangebote zu Preisen jenseits von 500 Euro monatlich nur geringe Marktchancen. Statt der reinen „Stromautos“ werden derzeit der Hybridtechnologie auf Benzin-Elektro-Basis größere Chancen bei den Konsumenten eingeräumt.



Rechtzeitig aus der Zwickmühle raus, bevor die Schuldenlast zu groß wird: Bei Ratenkauf kann man innerhalb von 14 Tagen aus dem Vertrag aussteigen. (Gina Sanders - Fotolia)

Ratenkauf mit Rücktrittsmöglichkeit

Ratenkäufe sind häufig mitschuld an privaten Insolvenzen. Wer innerhalb von 14 Tagen erkennt, sich die Raten nicht leisten zu können, kann noch vom Kauf zurücktreten.

Der Kauf auf Raten soll Mitte des 19. Jahrhunderts erfunden worden sein – um den privaten Kauf von Nähmaschinen anzukurbeln. Es blieb aber nicht bei den Nähmaschinen, und der Ratenkauf nimmt mittlerweile solche Ausmaße an, dass er zu den häufigsten Gründen für Privatinsolvenzen zählt. „Vor Abschluss eines Ratenkaufs empfiehlt es sich dringend, die bereits vorhandenen Fixkosten den monatlichen Einnahmen gegenüberzustellen“, rät Mag. Bettina Schrittwieser, Leiterin des AK-Konsumtentenschutzes. Oft vergessen werden dabei bereits laufende Ratengeschäfte – und die Handkosten. All jenen, die ihren Ratenkauf

schnell bereuen, ermöglicht das Verbraucherkreditgesetz einen relativ einfachen Rücktritt. Dieser ist innerhalb von 14 Tagen nach Abschluss des Ratenvertrags möglich. Der Rücktritt ist am besten schriftlich zu erklären; als Stichtag zählt das Datum des Poststempels. Unter das Verbraucherkreditgesetz fallen allerdings nur Vereinbarungen zur Ratenzahlung, deren Gesamtkreditbetrag 200 Euro überschreitet und die länger als drei Monate Laufzeit haben.

Zwei Rücktritte erklären

Zusätzlich zum Rücktritt vom Kreditvertrag muss auch das Grundgeschäft gelöst werden. Hat dasselbe Unternehmen,

bei dem man etwas gekauft hat, auch die Finanzierung organisiert, reicht ein Schreiben, in dem sowohl der Rücktritt vom Kreditvertrag als auch der vom Kauf erklärt wird. Bei verbundenen Geschäften, also einem Autokauf, der über eine Bank finanziert wird, muss der Rücktritt beiden Unternehmen mitgeteilt werden. Binnen 14 Tagen ist der Rücktritt vom Finanzierungsvertrag möglich, innerhalb einer weiteren Woche muss man vom Kauf zurücktreten. „Gerade in wirtschaftlich instabilen Zeiten ist es ratsam, Dinge, die man nicht unbedingt braucht, nur dann zu kaufen, wenn das Geld dafür bereits angespart wurde“, gibt die AK-Expertin zu bedenken.

Bank verweigert Ausländer Kredit

Diskriminierung aufgrund der Staatsbürgerschaft ist in Österreich verboten. Eine Bank, die einem Deutschen keinen Kredit geben wollte, zahlt nun Schadenersatz.

Zur Finanzierung seines neuen Autos wollte ein Arbeitnehmer einen Kredit aufnehmen. Er stellte bei der Bank eine Kreditanfrage. Beim Ausfüllen der Formulare musste er auch seine Staatsbürgerschaft angeben. Obwohl der Mann bereits seit Jahren in Österreich lebt und hier unbefristet beschäftigt ist, wäre ihm seine deutsche Staatsbürgerschaft fast zum Verhängnis geworden. Die Bank teilte ihm nämlich mit, er bekomme nur dann einen Kredit, wenn er erhöhte Sicherheiten oder einen österreichischen Bürgen vorweisen könne – weil er Ausländer ist. Der Betroffene wandte sich an die Gleichbehandlungsanwaltschaft, die der Bank klarmachte, ihre Vorgehensweise widerspreche dem Gleichbehandlungsgesetz. „Der Mann wurde eindeutig aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert“, erklärt AK-Experte Mag. Karl Raith. Die Bank zeigte sich einsichtig und war im Zuge eines Vergleichs bereit, dem Betroffenen einen Schadenersatz zu zahlen. Damit Derartiges nicht wieder vorkommt, bekommen nun alle MitarbeiterInnen dieses Geldinstituts eine Schulung über das Diskriminierungsverbot.



Rettungsgasse für Konsumenten

Vom Gemeinderadar bis zur Schönheits-OP: was sich für KonsumentInnen heuer ändert.

Durch eine Änderung in der Straßenverkehrsordnung ist es den Gemeinden nun erlaubt, selbst fixe Radargeräte zu installieren. Es ist daher zu erwarten, dass die Anzahl der Radarboxen zunehmen wird. Auf Autobahnen und Schnellstraßen wurde mit 1. Jänner die Rettungsgasse verpflichtend eingeführt: Um den Einsatzfahrzeugen eine möglichst rasche Durchfahrt zu garantieren, müssen die Fahrzeuge auf der äußersten linken Spur so weit wie möglich nach links ausweichen. Alle anderen fahren weiter nach rechts,

Schönheits-OP verpflichtend psychologisch beraten werden. Die Regelung gilt dann für Busen-Vergrößerungen und Fettabsaugen, nicht aber für die Korrektur abstehender Ohren. Geplant ist auch ein Titelschutz: Derzeit darf sich in Österreich jeder Arzt und jede Ärztin SchönheitsmedizinerIn nennen. Lediglich die Facharzt-Ausbildung der plastischen ChirurgInnen ist geregelt.

Bereits beschlossen sind transparente Wartelisten für geplante Operationen: Träger von öffentlichen und privaten Krankenanstalten sind verpflichtet, einsehbare Wartelisten für vorab festgesetzte Operationen zu führen.

Glühlampe und Gerichtstag

Mit Jänner 2012 wurde auch die nächste Kategorie an Glühlampen vom Markt genommen: Diesmal betrifft es die Glühlampen von 25 bis 40 Watt. Für Gerichtstage gilt seit 1. Jänner eine Voranmeldspflicht. Wer sich etwa einvernehmlich scheiden lassen möchte, muss dafür auch am Amtstag vorab einen Termin vereinbaren. Damit soll vermieden werden, dass in kleinen Gerichten die RichterInnen umsonst zum Amtstag anreisen.

Besser geschützt werden KonsumentInnen durch zwei Neuregelungen: Eine Änderung im Energieausweisgesetz sieht verpflichtend vor, dass in Verkaufs- oder Vermietungsinserten die Energieeffizienzklasse der Wohnung oder des Hauses angegeben werden muss.

WertpapiervermittlerInnen müssen künftig eine Schulung und Weiterbildung absolvieren und in einem öffentlichen Register der Finanzmarktaufsicht eingetragen sein.

News für PatientInnen

Im Frühjahr sollen die Neuregelungen für Schönheitsoperationen in Kraft treten: Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren müssen vor einer



Den Kopf nicht in den Urlaubssand stecken: schon bei der Buchung an eine

Sicher in den Urlaub

Individuell zugeschnittene Reiseversicherungen erfordern ein bisschen Planung. Abgeschlossen werden müssen sie zeitnah zur Buchung der Reise.

Bei Schneematsch beginnt die Buchungssaison für die Sommerreisen. Das Geld, das man eventuell durch den Frühbucherbonus spart, ist in einer Reiseversicherung gut angelegt. „Der Versicherungsschutz soll Teil der Urlaubsplanung sein – und zwar sowohl eine Stornoversicherung als auch eine Form von Absicherung bei Unfällen und Erkrankungen während der Reise“, erklärt AK-Experte Mag. Herbert Erhart. Reisegepäck-Diebstahlversicherungen seien zweitrangig. Aufgrund zahlreicher Ausschlussgründe zahle die Versicherung bei gestohlenem Gepäck ohnehin nur selten. Wichtig sei jedoch, die Reiseversicherung möglichst

gleichzeitig mit der Buchung abzuschließen – innerhalb weniger Tage jedenfalls. Wer seinen Urlaub im Reisebüro bucht, wird dort ohnehin verpflichtet darauf hingewiesen. Individuelle (Internet-)Bucher vergessen aber häufig auf den Versicherungsschutz und müssen bei Stornierung meist die Gesamtkosten für Flug und Hotel bezahlen. Was vielen nicht bewusst ist: Auch wer ohne eigenes Verschulden – aufgrund einer Erkrankung – die Reise nicht antreten kann, muss die vollen Stornokosten übernehmen.

Bestehenden Schutz klären

Auch Erkrankungen und Unfälle vor Ort bergen ein finanzielles Risiko, vom ge-

Versicherung denken (Fotolia)

sundheitlichen einmal ganz abgesehen. Vor Antritt der Reise empfiehlt es sich daher abzuklären, ob die e-card im Zielland überhaupt angenommen wird. „Medizinische Behandlungen im Ausland verursachen schnell einmal mehrere Tausend Euro Kosten, und auch eine etwaige Rückholung im Ambulanzjet kann man nicht so einfach privat finanzieren“, warnt Erhart.

Vor Abschluss einer Reiseversicherung ist es ratsam abzuklären, welche Art von Versicherungsschutz bereits besteht: Kreditkarten bieten oft Stornoversicherungen, private Unfallversicherungen ein Reiserückhol-Paket. Je nach bestehendem Versicherungsschutz können dann weitere Komponenten zugekauft werden. Manchmal ist allerdings das Gesamtpaket einer Reiseversicherung kaum teurer als die Einzelkomponenten. Für Vielreisende ist eine Jahresreiseversicherung empfehlenswert – damit sind dann Schiurlaub und Städtereisen zwischendurch ebenfalls abgedeckt.

Ursula Jungmeier-Scholz

Telekom-Novelle: nicht alle Kostenfallen beseitigt

Eine **Telekomgesetz-Novelle** soll Kunden vor horrenden Telefonrechnungen schützen. Längere Einspruchsfristen und kostenlose Papierrechnung kommen ebenfalls.

Künftig muss der Tarif insbesondere bei den kostspieligen Mehrwertnummern (0900er-Nummern) klar nachvollziehbar sein – beispielsweise durch eine automatische Ansage vorab. Ist das nicht der Fall, kann die Telekom-Regulierungsbehörde RTR anordnen, dass die Nummer vorübergehend gesperrt wird. Betroffene können ihre Rechnung beeinspruchen. „Ein derartiger Rechnungseinspruch ist schriftlich beim Telefonanbieter zu machen“, erklärt AK-Expertin Mag. Maria Wollersberger-Linder. Geld zurück gibt es aber nur, wenn die RTR explizit einen Verstoß gegen die Tariftransparenz festgestellt hat. Dann wird die Nummer auch auf eine im Internet einsehbare Schwarze Liste gesetzt.

Flop bei Kostenlimit

Geplant sind auch Maßnahmen zur Kostenbeschränkung, doch diese erscheinen nicht gerade konsumentenfreundlich: Künftig sollen zuzüglich

zum Grundentgelt für Datendienste, also die Nutzung des Internets, Kosten von maximal 60 Euro pro Abrechnungsperiode entstehen dürfen. Für sonstige Dienste – Telefonate und SMS – dürfen es maximal 150 Euro sein. Hat der Konsument mit dem Telefonanbieter nichts Gegenteiliges vereinbart, sind diese Dienste ab den genannten Beträgen gesperrt. Spätestens wenn 40 Euro – zusätzlich zum Grundentgelt – vertelefoniert und fürs Internetsurfen ausgegeben wurden, muss das Unternehmen eine Warn-SMS schicken. Roamingkosten und Kosten für MMS sind von der geplanten Verordnung allerdings nicht erfasst und können daher noch zu weiteren Kosten führen.

Eine wirkliche Hilfe wäre eine klare Regelung hinsichtlich einer maximalen Gesamtobergrenze – und ein niedrigerer Schwellenbetrag. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Aufhebung dieser Sperren nicht von minderjährigen

Handynutzern, sondern nur von deren Erziehungsberechtigten erfolgen kann.

3 Monate Einspruchsfrist

Die Mindestvertragsdauer, also die Frist, in der keine Kündigung möglich ist, darf bei einem Neuabschluss nicht länger als 24 Monate sein. Danach gibt es keine Beschränkungen mehr. Allerdings müssen Telefonanbieter auch einen 12-Monats-Vertrag anbieten. „So kurze Verträge werden vermutlich teuer sein“, warnt die Konsumentenschützerin.

Positiv für die Kunden ist die Neuregelung für einen Rechnungseinspruch: Während die Anbieter diese Frist bisher selbst festsetzen konnten, gilt nun einheitlich eine Drei-Monats-Regelung.

Wer einen neuen Vertrag abschließt, darf dabei wählen, ob er eine Rechnung in Papierform oder elektronisch bekommen möchte. Für die Papierversion dürfen keine Zusatzkosten verrechnet werden. Bei bereits bestehenden Verträgen ändert sich laut Gesetzestext allerdings nichts. Ursula Jungmeier-Scholz



Nur eine maximale Gesamtobergrenze ist ein wirksamer Schutz vor explodierenden Kosten. (ASP Inc - Fotolia)



Nach der Matura als Lehrling ins Reisebüro bedeutet einen empfindlichen Einkommensverlust. (T. Balzer - Fotolia)

Schulzeit auf Lehre anrechnen

Mit HAK-Matura noch eine volle Lehrzeit absolvieren? Die Gewerkschaftsinitiative „Bündnis Berufsberechtigung“ kämpft für eine Anrechnung der Schulzeit auf die Lehre.

Stein des Anstoßes ist die von der Wirtschaftskammer verhinderte Wiedereinführung des § 28 im Berufsausbildungsgesetz, der zuvor eine wechselseitige Anrechnung von Schul- auf Lehrzeiten und vor allem eine Anerkennung von Schulabschlüssen als Lehrabschluss geregelt hat. Dadurch hänge es vom Goodwill eines Unternehmens ab, ob eine HAK-Absolventin diesen Abschluss angerechnet bekommt oder noch einmal in die Lehre gedrängt wird und ob ihr dann zumindest ein Teil der Schulbildung auf die Lehre (etwa als Bürokauffrau) angerechnet wird. Die Gewerkschaft fordert nun, die

Schulbildung wieder verbindlich für eine Lehrausbildung anzurechnen.

Billige Arbeitskräfte

„Es ist für die Unternehmen billiger, BMHS-Absolventen als Lehrlinge zu beschäftigen“, vermutet Mag. Ursula Strohmayer, die Leiterin der AK-Bildungs- und Jugendabteilung, sehr profane Gründe für die Blockadehaltung der Wirtschaftskammer. Im schlechtesten Fall müsse die Absolventin einer Tourismusfachschule bei einem Arbeitsplatz in der Reisebürobranche als Lehrling neu starten. Der Unterschied für die Betroffene beträgt laut GPA-djp

13.137 Euro im ersten Jahr: Die Lehrlingsentschädigungen inklusive Sonderzahlungen im ersten Lehrjahr machen 6.454 Euro aus, das Gehalt als Reisebüroassistentin hingegen 19.591 Euro. Auf diese Weise werden schon Jahr für Jahr Tausende AbsolventInnen von BMHS in die für die Unternehmen billigere Lehrausbildung gedrängt, erklärt GPA-djp-Bundesjugendsekretär Helmut Gotthartsleitner. Einige Gewerkschaften haben gemeinsam mit der AK eine Mobilisierungskampagne (auch auf Facebook) gestartet, um die Wirtschaftskammer zum Einlenken zu bewegen. rudolf.willgruber@akstmk.at

Preisunterschiede bis zu 100% bei Schulbuffets, bedenkliche Bestückung der Lebensmittelautomaten und Eistee als Lieblingsgetränk zeigen, dass die gesunde Jause an steirischen Schulen noch Rezepte braucht.

Schulbuffets haben eine besondere Bedeutung im Alltag der Kinder, da ein Drittel der Schüler nicht frühstückt und die Hälfte aller 6- bis 14-Jährigen keine Jause mitbekommt. Daher hat die AK-Marktforschung das Angebot von 17 Schulbuffets in der Steiermark bewertet, wobei Mag. Martina Karla Steiner die vom Gesundheitsministerium fixierten Mindeststandards der „Leitlinie Schulbuffet“ als Maßstab heranzog.

Zuviel Süßes, wenig Veggi

„Meistens gibt es zu viele Süßigkeiten, zu viele Mehlspeisen und zu wenig Fleischloses im Angebot“, lautet das Resümee der Tour durch die Schulbuffets, wobei keines allen Mindestkriterien entsprach.

„Panther“ für gute LehrerInnen

Heuer wird erneut der Preis des „Pädagogischen Panthers“ für das Land Steiermark ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Schulen und LehrerInnen für besondere Leistungen um die Verbesserung der pädagogischen Qualität von Schule und Unterricht. Vergeben wird der „Panther“ in zwei Kategorien: als Einzelpreis für PädagogInnen (3 Haupt- und 3 Ehrenpreise) sowie an vier Schulen für besondere Bemühungen um die pädagogische Gestaltung von Unterricht, Betreuung und Schulleben. Bewerbungen und Nominierungen sind an die Steirische Elternvertretung bis 23. März zu richten. Infos: www.elternbrief.at

Schulbuffets sind süße Verführer

Da die Anforderungen bei Obst und pikanten Knabberereien überwiegend eingehalten und bei Getränken positive Tendenzen feststellbar waren, gab es für die Buffets ein „2 bis 3“ als Schulnote.

Markante Punkte der Studie:

- Bioprodukte, meist in Form von Getränken, sind bei 50% der Buffets im Angebot.
- Eistee ist der Bestseller unter den Getränken, die klassische Extrawurstemmel ist out: Stattdessen gibt es Weckerln mit Schinken, Käse und Gemüse.
- Bei den Preisen wurden Unterschiede bis zu 100 Prozent (Äpfel) notiert.
- Im Schnitt finden sich in den Schulen 5 Automaten (in der größten Schule, der Bulme, insgesamt 12). Mängel: zu viele zuckerreiche Getränke, oft kein Wasser im Angebot. Von den 17 getesteten Buffets



Jeder zweite Schüler hat keine Jause mit, die steirischen Schulbuffets sind aber noch verbesserungsbedürftig. (Catalin Petolea - Fotolia)

schnitten BG-BRG Fürstenfeld und Köflach, BORG Bad Radkersburg und die HLW Schrödinger Graz am besten ab.

Mehlspeisparadies

Als positiv ist hervorzuheben, dass keine alkoholischen Getränke erhältlich sind, nur zwei Buffets führen Energy Drinks. Dass Österreich ein Mehlspeisparadies ist, zeigt sich an der Vielfalt (bis zu 56 im Angebot), Größe (mehr als handtellergroß) und der zentralen Positionierung. Die steirische AK versteht die Untersuchung als Impuls, stärker einen gesunden Weg einzuschlagen: „Die Buffetbetreiber an den Schulen halten die Leitlinien für gut, befürchten aber wirtschaftliche Probleme“, bemängelt Mag. Susanne Bauer eine zögerliche Umsetzung der Mindeststandards. So sei das Gemüse- und Salatangebot bescheiden und die Befüllung der Automaten zu überdenken. Auch sollte Werbung für zuckerhaltige und fettreiche Nahrungsmittel aus den Buffets verbannt werden (Details auf www.akstmk.at). rudolf.willgruber@akstmk.at

Verbotenes Buch ist zurückgekehrt

Ein in der Nazizeit verschwundenes Buch wurde kürzlich aus Berlin an die steirische AK-Bibliothek zurückgegeben.

„Rund 40 Schachteln an verbotenen Büchern wurden in der NS-Zeit nach Berlin geschickt“, erzählt der Leiter der steirischen AK-Bibliothek. Dr. Günther Terpotitz staunte nicht schlecht, als er kürzlich ein Paket von der Zentral- und Landesbibliothek Berlin erhielt. Der Inhalt: der fünfte Jahresband der Sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke“ aus dem Jahr 1919. Die Absender hatten aus einem Stempel im Buch herausgefunden, dass der Band ursprünglich der Bibliothek der Grazer Arbeiterkammer gehörte.

Als nach Hitlers Einmarsch 1938 die AK aufgelöst und zum Sitz der Deutschen Arbeitsfront wurde, blieb die Bibliothek unter neuer Leitung bestehen. Zuvor hatten besorgte Bibliothekare im Keller jene Schätze vergraben, die Nationalsozialisten als „jüdisch und entartet“ klassifizierten. „Die meisten Bücher wurden stark in Mitleidenschaft gezogen“, so Terpotitz. Etwa 50 Bücher haben den Untergrund überlebt. Und wurden nach Neugründung der Arbeiterkammer im Jahr 1946 wieder aus der Versenkung geholt.

SPORTZEIT



Eisstocksport-Betriebsmeisterschaft Landesmeisterschaft, Freizeitzentrum Frohnleiten, 4.3.2012, Beginn 7 Uhr

NEU: Gokart Fun Race Südsteiermark, Styria Karting Outdoor, Kalsdorf, 24.3.2012, Beginn 11 Uhr

Obersteiermark, Indoor Kart, Spielberg, 6.5.2012, Beginn 9 Uhr

Stocksport GL Graz und Graz-Umgebung, 4.5.2012, Beginn 17.30 Uhr

GL Deutschlandsberg, 29.5.2012, Beginn 18 Uhr



Infos

Christoph Kacherl, AK-Betriebssportbüro, Tel. 05/7799-2357, christoph.kacherl@akstmk.at
Astrid Muhr, Tel. 05/7799-2352, astrid.muhr@akstmk.at

Angleichung beim

Die Angleichung des Frauenpensionsalters war für die Zeit realer Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt geplant. Im gerade beschlossenen Sparpaket der Regierung wurde aber eine vorzeitige Angleichung nun doch abgesagt.

Gesetze und reale Gegebenheiten klaffen manchmal auseinander. So ist es auch beim tatsächlichen Pensionsantrittsalter von Herrn und Frau Österreicher(in): Gehen die Männer im Schnitt mit 58,9 Jahren in Pension, tun das die Frauen mit 57,5 Jahren. Von den derzeit gesetzlich vorgegebenen fünf Jahren Unterschied beim Regelpensionsalter bleiben real nur 1,4 Jahre übrig. Sollte das Pensionsalter von Frauen angehoben werden, ändert sich bei gleichbleibenden oder durch eine Krise gar verschlechterten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt möglicherweise wenig am tatsächlichen Pensionsantrittsalter beider Geschlechter. Frauen müssten allerdings plötz-

lich zusätzliche Abschläge hinnehmen – und das bei vergleichsweise niedrigen Pensionen. Viele Betroffene gehen nicht freiwillig so früh in den Ruhestand, sondern werden von ihren Arbeitgebern geschickt.

Teure Sparmaßnahme

1992, vor genau 20 Jahren, hat die Regierung beschlossen, das Pensionsalter der Frauen schrittweise dem der Männer anzugleichen. Ab 2019 soll das Antrittsalter für vorzeitige Alterspensionen und ab 2024 für reguläre Pensionierungen jährlich um sechs Monate angehoben werden. Diese Regelung wurde unter der Annahme getroffen, dass der Gleichstellungsprozess dann

abgeschlossen sein würde. Die Einkommensschere steht jedoch nach wie vor weit geöffnet, und von Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt kann keine Rede sein. Eine vorzeitige Angleichung des gesetzlichen Pensionsalters der Frauen an das der Männer wäre eine teure „Sparmaßnahme“: Erkauft würde die Einsparung bei den Pensionszahlungen mit höheren Ausgaben für arbeitslose Frauen. Dazu käme eine steigende Altersarmut bei Frauen, deren ohnehin schon kleine Pension durch Abschläge gekürzt würde.

Arbeitsplätze schaffen

Die Ablehnung der Anhebung des gesetzlichen Frau-

Pensionsalter vertagt



Nur eine Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters hilft sparen. (Fotolia)

enpensionsalters soll Frauen schützen. Keinesfalls jedoch darf sie dazu führen, dass Frauen vorzeitig gegen ihren Willen in den Ruhestand geschickt werden oder ihnen ein weiteres Aufsteigen auf der Karriereleiter mit dem Hinweis auf ihr Alter und ihre baldige Pensionierung verwehrt bleibt. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter nennt schließlich nur den Zeitpunkt, ab dem abschlagsfrei in den Ruhestand gegangen werden kann, und legt keinen individuellen Antrittstermin fest. Eine wirklich wichtige Stellschraube wäre die Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters – bei Männern wie bei Frauen. Dadurch könnte echt gespart werden. Allerdings bedarf es dazu arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und der Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze.



Patricia Berger, ÖGB-Frauenvorsitzende

Als vor 20 Jahren eine Angleichung der Alterspension von Frauen ab dem Jahr 2024 beschlossen wurde, erfolgte dies unter der Annahme, dass der Gleichstellungsprozess bis dorthin vollendet sein würde. Gerade die Einkommensschere zeigt, wie weit wir heute noch davon entfernt sind. Eine vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters kommt für mich erst infrage, wenn Frauen wirklich gleichgestellt sind! Darüber hinaus sieht die Realität im Arbeitsmarkt so aus, dass Frauen ab 40 oft bereits schlechte Chancen haben. Eine vorzeitige Anhebung würde nur zu mehr arbeitslosen Frauen führen.

Elisabeth Aufreiter, AK-Vorstandsmitglied

Ich bin erst dann bereit, über die vorzeitige Anhebung des gesetzlichen Frauenpensionsalters zu diskutieren, wenn die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern wirklich geschlossen ist. Dazu gehört auch, dass Karenzzeiten voll angerechnet und gesetzlich verankert werden und dass Frauen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend in Führungspositionen gelangen. Zudem müssen alternsgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. Für Männer und Frauen! Denn im Schnitt gehen Frauen ohnehin nur einhalb Jahre früher in Pension als Männer.

Karenzzeit wird teilweise im Handel angerechnet

Erfolgreicher KV-Abschluss im Handel: Erreicht wurden letztlich im Schnitt plus 3,6% und – wie seit Jahren gefordert – eine teilweise Anrechnung der Karenzzeiten.

Weniger als die Inflationsrate hatte die Arbeitgeberseite bei den Verhandlungen für den Handelskollektivvertrag geboten. Dass das Ergebnis letztlich bei durchschnittlich 3,6 Prozent liegt, verdanken die Handelsangestellten einem wahren Verhandlungsmarathon. „Fast wäre die Situation eskaliert“, erzählt Gerda Bacher. Sie ist in der Gewerkschaft der Privatangestellten die Vorsitzende für den Handel in der Steiermark. Seit Jahren verhandelt sie an vorderster Front um die Löhne einer Branche, die finanziell viel aufzuholen hätte. „Die Verhandlungen waren besonders schwierig,

weil die Arbeitgeberseite ein völlig neues Team aufgestellt hatte. Und Verhandeln ist schließlich Vertrauenssache.“ Anstelle des üblichen „Zusammenschaukelns“ der Angebote und Forderungen sollte nur noch ein Betrag genannt und dann ein Kompromiss gefunden werden. Das Entsetzen bei der Gewerkschaft war groß, als die Unternehmen weniger als die Inflationsabgeltung angeboten haben. Die letztlich doch erreichte Lohnerhöhung war nicht der einzige Erfolg, den die Arbeitnehmerseite verbuchen konnte. „Dass künftig zumindest zehn Monate der Karenzzeiten angerechnet

werden, freut uns ganz besonders. Weil die Arbeitgeber zunächst darüber gar nicht diskutieren wollten“, betont Bacher.

Lehrlinge motivieren

Damit wurde auch eine langjährige Forderung der AK erfüllt. Wenn auch nur zum Teil, denn angerechnet werden jeweils nur zehn Monate der Karenz zum ersten Kind oder bei Bildungs- und Hospizkarenz. Die neue Karenzregelung ist nicht nur ein Beitrag, um die Gehaltsschere zu schließen, sondern auch ein Schritt zur Gleichbehandlung: „Schließlich wird ja auch das Bundesheer angerechnet.“



AK-Vizepräsidentin Gerda Bacher: schwierige Verhandlungen

Neben den Wiedereinsteigerinnen standen auch die Lehrlinge im Mittelpunkt der Verhandlungen. Sie bekommen nun um 3,9 Prozent mehr. „Wollen die Unternehmen motivierte und begabte Lehrlinge, müssen sie das auch durch eine angemessene Bezahlung ausdrücken“, fordert Bacher. Verhandlungsmüde ist sie auch nach dem jüngsten Kraftakt nicht: Die Mitfinanzierung der Berufsschulzeit durch die Unternehmen, der Ausbau der Karenzregelung und nicht zuletzt die Vereinfachung des Gehaltssystems im Handel stehen für sie noch an. Nächster Herbst – neue Chance!



Ilse Löwe-Vogl, Kammerrätin, AUGE-UG

Vor Anhebung des Frauenpensionsalters muss noch einiges erreicht werden: vollkommene Gleichstellung beim Berufseinstieg, dem Einkommen und den Transferleistungen, verpflichtende Frauenförderung auch in der Privatwirtschaft und Senken der hohen Teilzeitquote von Frauen. Das funktioniert nur zugleich mit entsprechender Entlastung bei der Betreuungsarbeit in der Familie. Auch die Altersarmut von Frauen gehört beseitigt. Bis das erreicht ist, soll jede Lohnrunde eine Frauenlohnrunde sein.

Höchste Zeit für Vereinfachung

Die Zuverdienstgrenze zum einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld wurde neu geregelt. Das System bleibt trotzdem zu kompliziert, kritisiert die AK.

Vier Pauschalvarianten und eine einkommensabhängige stehen Eltern zur Auswahl, die Kinderbetreuungsgeld beantragen. Nachträglich ist keine Änderung möglich, und beide Partner müssen sich auf eine Variante einigen, sofern sie sich die Bezugszeit teilen. Bei den pauschalen Modellen sind zwei Zuverdienstgrenzen im Auge zu behalten: 16.200 Euro jährlich oder 60 Prozent des Verdienstes aus dem letzten Jahr, in dem noch kein Kindergeld bezogen wurde. Richtig unübersichtlich wird es bei der einkommensabhängigen Variante. Generell darf dabei nur in der Höhe der

Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 376,26 Euro monatlich dazuverdient werden. Aber wie sieht es in den Monaten zu Beginn und am Schluss des Bezugs aus? „Bisher wurde ein Kalendermonat als Bezugsmonat gewertet, wenn an mehr als der Hälfte der Tage Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde“, so AK-Frauenreferentin Pöcheim. „Nun wurde diese Grenze auf 24 Tage erhöht – ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings bleibt immer noch eine Woche übrig, in der eine Mutter oder ein Vater normal verdienen kann.“ Die AK fordert daher eine grundlegende Vereinfachung des Gesetzes.

Mindestentgelt bei Jobinseraten

Seit dem Vorjahr müssen alle Stellenanzeigen das Mindestentgelt anführen. Verstöße dagegen können nun von StellenbewerberInnen angezeigt werden – mit dem AK-Musterformular. Seit März 2011 sollten Jobinserate Angaben zum kollektivvertraglichen Mindestentgelt enthalten. Auch eine etwaige Bereitschaft des Unternehmens, mehr zu bezahlen, sollte darin angeführt werden. Wer eine Stelle ohne Information über das Mindestentgelt ausschreibt, muss mit einer Verwaltungsstrafe von bis zu 360 Euro rechnen. Angezeigt werden kann der Verstoß einerseits von der Gleichbehandlungsanwaltschaft und andererseits von den StellenbewerberInnen. Das Gleichbehandlungsreferat der AK hat dafür ein Musterformular kreiert – downloaden unter www.akstmk.at

ZAK AUF ZACK

DAS SAGEN EXPERTEN

3 Fragen, 3 Antworten

- Wie lange ist die Entgeltfortzahlung für erkrankte Lehrlinge?
- Bekomme ich bei einem Austritt während der Elternkarenz eine Abfertigung?
- Ist eine Krankheitsmeldung an den Arbeitgeber per Fax ausreichend?



Petra Rockenschau
AK-Jugend
Krankenstand
für Lehrlinge



Mag.^a Bernadette Pöcheim
AK-Frauenreferat
Austritt
während Karenz



Mag. Günter Triebel
AK-Arbeitsrecht
Krankmeldung
per Fax

Der/die Arbeitnehmer/in ist verpflichtet, ohne Verzug die Arbeitsverhinderung im Krankheitsfall dem/der Arbeitgeber/in bekanntzugeben. Der/die Arbeitgeber/in kann ab dem ersten Tag des Krankenstandes eine Bestätigung des zuständigen Krankenversicherungsträgers über Beginn, voraussichtliche Dauer und Ursache der Arbeitsunfähigkeit verlangen.

Die Angabe einer genauen Diagnose ist nicht erforderlich, es genügt die Bekanntgabe, dass eine Erkrankung vorliegt. Lehrlinge haben im Fall einer Erkrankung pro Lehrjahr einen Anspruch auf volle Entgeltfortzahlung bis zu vier Wochen und danach einen Anspruch auf zwei Wochen Teilentgelt. Dann gebührt nur noch Krankengeld von der GKK.

Eltern, die während der gesetzlichen Karenz, die längstens bis zum 2. Geburtstag des Kindes dauern kann, ihr Beschäftigungsverhältnis beenden, bekommen nach dem alten Modell die halbe Abfertigung. Voraussetzung ist jedoch, dass sie den Austritt bis spätestens drei Monate vor dem Ende der von ihnen gemeldeten Karenz erklären. Bei einem Austritt wäh-

rend einer freiwilligen längeren Karenz gibt es diesen Anspruch nur, wenn er vorab (am besten mit AK-Musterformular) mit dem Arbeitgeber vereinbart wurde. Beim neuen Abfertigungsmodell – Arbeitsbeginn nach dem 1.1.2003 – kann man die Einzahlung in die neue Vorsorgekasse mitnehmen oder sich auszahlen lassen, sofern bereits drei Jahre lang eingezahlt wurde.

Ein positiver Sendebericht nach Abschicken eines Telefax („OK-Vermerk“) beweist nach Ansicht des OGH nicht das Einlangen der Faxnachricht beim Arbeitgeber. Die Tatsache, dass ein erkrankter Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung per Telefax übermittelt hat, reicht somit noch nicht zum Nachweis der Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht. Da Übermittlungsfehler

nicht auszuschließen sind, geht das Übermittlungsrisiko erst dann auf den Empfänger der Nachricht über, wenn diese in seinen Empfangsbereich gelangt ist, im Falle eines Telefax also während der Geschäftsstunden mit Signaleingang. Da den Absender das Übermittlungsrisiko trifft, reicht der bloße Sendebericht als Nachweis des Einlangens beim Empfänger nicht aus.

ANREGUNGEN,
LOB & KRITIK

LESERFORUM



Schreiben Sie an ZAK-Redaktion
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz
E-Mail: redaktion@akstmk.at

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht oder gekürzt zu veröffentlichen.

Schlaue Bauern

Das Thema Agrarförderung regte vor allem Nebenerwerbslandwirte auf. Hier eine Kurzauswahl:

Als Bäuerin im Bergbauerngebiet halten sich Ausgaben und Einnahmen die Waage. Die Förderung ist ein wichtiger Teil unserer Einnahmen. Wenn etwas bleibt, wird dieses Geld für notwendige Investitionen zusammengelegt.
Elfi Fasching, online

Was die EU-Förderung betrifft, müssen Landwirte Aufzeichnungen führen, denn sie werden von

der AMA kontrolliert. Die 2,33 Milliarden Euro, wie Sie so nett schreiben, gehen nur zum Teil an die Landwirte. Mehr als die Hälfte frisst die Verwaltung auf.
Herbert Weißensteiner

Ist es nicht ein besserer Akt der Fairness, wenn die Lebensmittelpreise so hoch wären, dass die Bauern davon leichter leben und dann auf die angeblich so enormen Förderungen verzichten könnten?
Thomas Pirker

Ich hoffe, Sie haben auch die vielen Mehrstunden berechnet, die

bei einer Landwirtschaft anfallen.
Martina Koglbauer,
Steirisch Tauchen

Die Wahrheit ist die: Je mehr Fördergelder für die Landwirtschaft, umso schlechter für die Natur, denn die Großbauern haben für die Natur keinerlei Verständnis. Die Bauern zocken uns ab, wo es nur geht.
Helmut Pirker

Redaktion: Keinesfalls wollte der Artikel die Arbeit der Bauern und Bäuerinnen schlechtmachen. Der Artikel hat sich für kleinere Betriebe stark gemacht, die viel

leicht unter ungünstigen bergigen Bedingungen produzieren. Die Vollpauschalierung zur Steuerbemessung soll für diese Betriebe beibehalten werden. Finanzexperte Dr. Werner Doralt erklärte jüngst in der Kleinen Zeitung, dass derzeit 97 Prozent aller Bauern pauschal besteuert werden. Für das künftige EU-Agrarbudget fordert die AK, dass eine umweltfreundliche Produktion bevorzugt wird und mehr Mittel für kleinere Betriebe. Wichtig ist der AK, dass der ländliche Raum besser gefördert wird, um hier Arbeitsplätze zu schaffen, auf die Landwirte im Nebenerwerb angewiesen sind.

Einstein & Einfalt

Ein satirisches Doppel

VON
Berndt Heidorn



Müller: Ja, der Huber. Wo kommen Sie denn her?

Huber: Vom Mittagessen, Einser-Menü. Wienerschnitzel mit heurigen Erdäpfeln und Paradeiseralat. Zwei Krügerln, ein Schnapsperl, weil man kann das Bier ja nicht trocken hinunterwürgen.

Müller: Sagen Sie, Huber, sind Sie wahnsinnig?

Huber: Warum, wegen dem einen Schnapsperl? Das wird die Leber schon noch aushalten.

Müller: Das mein ich nicht. Sie leben über Ihre Verhältnisse, Huber!

Huber: Wie bitte?

Müller: Na sicher, weil Sie über Ihre Verhältnisse leben, hat jetzt der Staat so viele Schulden.

Huber: Sagt wer?

Müller: Na, die Schotter-Mitzi zum Beispiel.

Huber: Aha. Und die Schotter-Mitzi meint, der Staat hat weniger Schulden, wenn ich kein Schnitzel mehr ess?

Müller: Sie müssen weiterdenken, Huber, sofern das im Bereich des Möglichen ist. Wenn Sie weiter fett essen und saufen, werden Sie früher oder später im Spital landen und unser Gesundheitssystem belasten.

Huber: Peinlich.

Müller: Sie sagen es! Aber es kann noch schlimmer kommen: In weiterer Folge gehen Sie vielleicht gesundheitsbedingt in Frühpension und belasten unser Pensionssystem.

Huber: Um Gottes willen!

Müller: Sagen Sie, Huber, haben Sie eigentlich Kinder?

Huber: Meinen

Sie mir bekannte? Zwei, die studieren noch.

Müller: Da haben wir den Salat: Sie belasten auch noch das Bildungssystem. Leute wie Sie sind schuld, wenn unser Staat unter der Last der Schulden zusammenbricht, Huber!

Huber: Das tut mir jetzt aber echt leid, dass ich für ein Milliarden-Defizit verantwortlich bin.

Müller: Nicht Sie allein natürlich, Sie Hornochse. Sie und alle anderen, die sich mit ihrem hemmungslosen Anspruchsdenken ins Spital legen, in Pension gehen oder frech Familienbeihilfe kassieren.

Huber: Sagen Sie, Müller, Sie sind doch ein gscheiter Mensch.

Müller: Ich weiß jetzt nicht, ob ich das aus Ihrem Mund als Kompliment auffassen soll. Weil gscheiter als Sie ist ja kein Kunststück.



Foto: Dave/Fotolia

Huber: Deswegen bin ja auch immer ich der Blöde bei unseren Tratscherln. Aber zu meiner Frage: Irgendwo hab ich gelesen, dass den Schulden ja auch erhebliche Vermögenswerte in der Hand einiger weniger gegenüberstehen. Warum leisten die keinen Beitrag fürs Gemeinwohl, zum Beispiel mit einer Erbschaftsteuer?

Müller: Weil sich Leistung lohnen muss.

Huber: Aha, und wo war jetzt die Leistung der Erben?

Müller: Werden Sie nicht pampig, Huber. Vermögensteuern sind eine Belastung des Mittelstandes.

Huber: Ah, der Mittelstand besitzt die Vermögen? Und ich hab immer gedacht, die Gstopften.

Müller: Befleißigen Sie sich einer weniger proletenhaften Ausdrucksweise, Huber! Vermögen kann man nicht besteuern. Das Kapital ist wie ein scheues Reh.

Huber: Hätt ich mir auch nicht gedacht.

Müller: Was?

Huber: Dass ich auf meine alten Tag noch einmal Sympathie für die Jäger haben würde.

Müller: Jetzt reichs mir aber mit Ihnen, Sie subversives Element. Gehen Sie von mir aus in Ihr geliebtes Wirtshaus, essen S' noch ein Schnitzel und verstopfen S' Ihre Arterien mit Cholesterin!

Huber: Wo denken Sie hin, das wär ja über meine Verhältnisse, und ungesund ist's auch noch. Ab sofort ess ich nur noch Leberkäs.



Willi Tell

INS SCHWARZE

Neulich beklagte ein Sportjournalist die Verrohung der Sprache im Sport. Er meinte damit aber nicht seine Branche, sondern die Athleten. „Du bist mir da der Richtige“, hab ich geknurr. „Klingen die martialischen Ausdrücke gerade in euren Berichten nicht oft mehr nach Schlachtenschilderungen als nach gesundem Geist, der im gedopten Körper wohnt? Äh, ich wollte sagen, im gesunden Körper.“ (Manchmal – dies zum „gedopten Körper“ – passiert einem die Wahrheit gleichsam unter der Hand.)

Eigene Nase

Was wir Journalisten auch gern tun: Ratschläge erteilen. Dem Kollegen empfehle ich somit, sich an der eigenen Nase zu fassen. Ähnliche Fälle gibt es ja zuhauf. Da mault ein Reporter, dass z. B. vor einem Frei- und Hallenbad nicht 100 Parkplätze angelegt wurden. Geschieht es dann, kann die Zeitung prima über den Wahnsinnsverkehr klagen, den Stau, die Benzinverschwendung ... Und wer ist schuld? Die Politiker! Und wieder ein Artikel ... Passiert eine grausige Mordtat, stürzen sich Reporter wie die Geier auf den Fall und belagern den Tatort mit ihrem ganzen Equipment. Das machen sie ein paar Tage. Sobald die Sache abgenagt und ausgelutscht ist, kann man sich im Brustton der Überzeugung über die Verrohung der Medien alterieren. Und hat wieder recht.

In unserer Branche ist – wie sonst auch im Leben – manchmal reichlich Heuchelei am Wirken.

FRISCH
GEPRESST

AUS DER AK-BIBLIOTHEK

**Anthony Horowitz:**
Das Geheimnis des weißen Bandes.**Der neue Sherlock-Holmes-Roman. Insel 2011, 350 Seiten**

An einem kalten und nebeligen Novemberabend betritt ein elegant gekleideter Mann die Wohnung in der Baker Street 221b. Genau so, wie man es von den Sherlock-Holmes-Romanen gewohnt ist. Der Unterschied: Dieses Buch wurde 2011 geschrieben. Der Autor versteht es ausgezeichnet, die Traditionen seines Vorgängers Conan Doyle fortzuführen. Stimmungen, Beschreibungen, aber auch der Sprachstil wirken vertraut. Denn das ist Holmes' dunkelster Fall, der ihn sogar wegen Mordverdachts ins Gefängnis bringt.

W. Muchitsch, Peter Pakesch:
200 Jahre Universalmuseum Joanneum 1811–2011.**Universalmuseum Joanneum 2011, 261 Seiten**

Die Festschrift zum 200-Jahresjubiläum besticht durch ihre Vielseitigkeit. Neben einer historischen Übersicht werden die unterschiedlichen Abteilungen (Volkskundemuseum in Graz, Jagdmuseum in Stainz, Schloss Eggenberg, Schloss Trautenfels usw.) vorgestellt. Ergänzt wird der Band durch einen sehr informativen Blick hinter die



Kulissen eines modernen Museumsbetriebes.

Christian Stöcker:
Nerd attack!**Eine Geschichte der digitalen Welt vom C64 bis zu Twitter und Facebook. Spiegel Buchverlag 2011, 315 Seiten**

Unser heutiges Zeitalter begann mit dem Commodore 64, der ab den 1980ern in Millionen Kinderzimmern eine neue Tür öffnete – den Zugang zur digitalen Welt. Dieses Buch ist eine Reise zu Bastlern und Programmierern, Hackern und Crackern, Gutmenschen und Kriminellen. Es beschreibt die digitalen Grabenkämpfe der IT-Branche (Microsoft gegen Apple, Explorer gegen Firefox, Google gegen alle) und zeigt Datensammler auf bzw. deren Gegenbewegung, Cyber-Freiheitskämpfer wie Wikileaks.

**Thomas Geierspichler:**
Mit Rückgrat zurück ins Leben.**Ueberreuter 2011, 191 Seiten**

April 1994: Thomas Geierspichler bricht sich bei einem Autounfall das Genick und sitzt seither im Rollstuhl. September 2004: Goldmedaille bei den Paralympics in Athen. Die schier unglaubliche Biografie eines Mannes, der sich aus dem Sumpf von Alkohol und Drogen zu einem der besten Behindertensportler emporkämpfte.

ZEITENSPRUNG



Ob einmal die winterliche Pracht aufgrund des Klimawandels nur von Schneekanonen erzeugt oder im Museum betrachtet wird, kann noch Jahrzehnte dauern. So richtig schneien, dass alles stillsteht, erleben viele nur einmal in ihrem Leben. Der „Jahrhundertschnee“ vom zweiten Februarwochenende 1986 ist in der Erinnerung daher nicht einfach Schnee von gestern.

Als Graz im

Als der Student Günther A.T. am Sonntagabend des 9. Februar 1986 sein vor dem Grazer Uni-Hauptgebäude abgestelltes Fahrzeug suchte, musste er sich an Farbe und Nummerntafel orientieren, um das Auto im dritten oder vierten Versuch aufzustößern. Das Freibuddeln ohne Schaufel war schon mühsamer, aber es gelang, mit dem Pkw noch nach Hause zu fahren. „Dort stand es aber eine Woche eingeschneit vor der Haustür“, erinnert sich der Mann an ein Schneechaos, das die Medien am nächsten Tag als den „ärgersten Schneefall in diesem Jahrhundert“ bezeichneten. Denn die Rekordmarke von 1929 – 71 Zentimeter – war am Montag bereits überschritten.

Langläufer in der City

Die steirische Landeshauptstadt glich nach den dauerhaften Schneefällen einem „hochalpinen Wintersportort“, schrieb die „Neue Zeit“: „In der Innenstadt zogen vereinzelt Langläufer ihre Spuren. Hunderte Menschen kamen zu spät zum Arbeitsplatz, weil sowohl der private als

auch der öffentliche Verkehr in den Morgenstunden praktisch zusammengebrochen war.“ Etwas mehr Glück hatte, wer von den Umlandgemeinden nach Graz wollte. Auf das Auto verzichtend kämpfte ich mich in Lederstiefeln zum GKB-Bus durch, der mich mit einiger Verspätung zur Arbeit brachte. Einige Kollegen gaben nach erfolglosem Warten auf Tram oder Bus auf und stapften zu Fuß ans Ziel. Oder wurden von Autofahrern, die einsam durch Straßen pflügten, aufgesammelt. Ein idyllisches Erinnerungsbild, das für die überforderten Einsatzkräfte weniger beschaulich war.

Soldaten als Schneemänner

Denn da die 35 Schneepflüge des Wirtschaftshofes hoffnungslos überfordert waren, rief Bürgermeister Alfred Stingl das Bundesheer und private Frächter zu Hilfe. Neben 300 Soldaten, 100 Feuerwehrlern und 60 Männern der Straßenreinigung wurden ab Montagmittag auch die männlichen Magistratsbediensteten zum Schneeschaukeln eingesetzt.



Links: Die Grazer Herrengasse wurde nach den gewaltigen Schneefällen im Februar 1986 vorübergehend zur Langlaufloipe.

Rechts: das Erherzog-Johann-Denkmal am Hauptplatz in selten winterlicher Pracht: Alle Räder stehen still, weil eingeschneit. (Alle Fotos: Peter Philipp)



Jahrhundertschnee versank

Gleichzeitig wurde von Landeshauptmann Krainer eine Schneekettenpflicht für das gesamte Straßennetz der Steiermark verordnet. Nur im Ennstal und Ausseerland durften Autofahrer ohne Ketten unterwegs sein, in der nördlichen Steiermark hatte es nicht so heftig geschneit.

Dächer eingestürzt

Vor großen Problemen standen zahlreiche Industriebetriebe. Gleich vier Fabrikhallen fielen am ersten Chaostag den gewaltigen Schneemengen zum Opfer, darunter eine Lagerhalle des Rohrwerkes in Kindberg. In der Folge krachten immer mehr Dächer unter der Last der weißen Pracht zusammen. Rund 700 Puch-Beschäftigte mussten kurzfristig einen Urlaub antreten, weil durch den blockierten Güterverkehr die dringend notwendigen Zulieferungen versiegt.

Mur als Sturzplatz

Mit der Beseitigung der Schneemengen war Graz noch tagelang beschäftigt. Die Hauptbrücke über die Mur wurde zum Schnee-

sturzplatz umfunktioniert. So wurden allein in den ersten beiden Räumungstagen 5.000 Kubikmeter Schnee in die Mur gekippt. Angesichts der Schneeberge rief die Stadt Graz Arbeitslose zum Schneeschaukeln auf, meldete die „Kleine Zeitung“ am 12. Februar. Nach Absprache mit dem Sozialministerium durften täglich 180 Schilling (umgerechnet 13 Euro) ohne Einbußen beim Arbeitslosengeld dazuverdient werden. In

der Zwischenkriegszeit hatten Arbeitslose im Winter den „Brottschnee“ ersehnt.

Zwangspause für Tram

Mit Schneepflügen allein war den Massen nicht mehr beizukommen. In manchen Gassen hatte der Wind den Schnee von den Dächern geweht und auf zwei Meter Höhe angehäuft. Aber Schneefräsen waren damals Mangelware. Das Straßen- und Brückenamt mietete zwei größere Fahrzeu-

ge an, da man nur über eine einzige Fräse verfügte. Es dauerte zwei Tage, bis die Straßenbahnen der Linien 3 und 7 wieder anrollen konnten, der Sechser und Einser bekamen noch später freie Fahrt durchs „Winterwunderland“.

Kampf um Parkplätze

Autofahrer hatten es schwer in diesen Februartagen: Vermehrt gerieten sich Fahrzeuglenker vor frei geschaukelten Parkplätzen in die Haare, wer das größere Anrecht auf die schneefreien Quadratmeter habe. Die freien Plätze wurden mit Brettern, Kisten und Latten verbarrikiert, um fremde Blechkarossen abzuwehren. Das Besetzen der Parkplätze war natürlich widerrechtlich und konnte angezeigt werden.

Am folgenden Freitag verdrängte schließlich die Politik wieder den Jahrhundertschnee von den Titelseiten der Zeitungen: Im Zuge der Verstaatlichtenkrise wurde der Ölmanager und Auslandsösterreicher Herbert Lewinsky als VOEST-Nothelfer geholt.

Rudolf Willgruber

Landhaushof: Die Politik verordnete Kettenpflicht für alle Straßen.



Bewerbungstraining in Graz ausgebaut

Im März zieht das Bewerbungstraining der AK Bildungsabteilung in neue Räumlichkeiten in der Grazer Rebengasse 11 (nur 100 Meter von der AK Zentrale) um. Zuvor wurden die Büroräume vom Grazer Graffitikünstler Georg Dermouz (im Bild mit Mag. Ursula Strohmayer und AK Präsident Rotschädl) jugendfrisch gestylt. Durch den Umzug kann das Training für SchülerInnen auf fünf Termine pro Woche ausgebaut werden. In fünfstündigen Workshops werden junge Menschen ab der 8. Schulstufe auf Berufswahl und Stellensuche vorbereitet, im Rollenspiel werden Vorstellungsgespräche geübt. Anmeldungen für das kommende Schuljahr sind über den Klassenlehrer möglich. Das Bewerbungstraining wird auch in den 14 AK Außenstellen angeboten. (Foto: Langmann)

Zinsenzuschuss für neuen Wohnraum

Noch bis 31. März können die Formulare für einen Zinsenzuschuss für geförderte Neubauwohnungen in der AK Wirtschaftsabteilung für das Jahr 2011 eingereicht werden. „Das ist eine Hilfe für jene Mitglieder, die zur Schaffung neuen Wohnraumes große finanzielle Belastungen auf sich genommen haben“, erklärt AK Präsident Walter Rotschädl den Hintergrund der seit Jahren bestehenden AK Wohnbauförderung. Für nicht geförderte Kredite gibt es bis zu 700 Euro Zinsenzuschuss. Bedingung: Die Wohnung oder das Eigenheim muss mithilfe der Landeswohnbauförderung errichtet worden sein. Infos unter 05 7799 2520.



Stilleben aus der Arbeitswelt

Bis zum 8. März sind farbgewaltige Bilder aus der Arbeitswelt in der AK Galerie zu sehen. Bei seiner Tour durch 24 Betriebe, die sich am Ökoprofit Programm beteiligen, hat der Grazer Fotograf Harry Schiffer beeindruckende Momentaufnahmen mit flüchtiger Personen und Objektzeichnung eingefangen. SchülerInnen der BHAK Grazbachgasse machen sich einen Reim auf die Umweltprojekte. (Langmann)



Böhler Edelstahl ist Hallen-Champion

Rund 100 Betriebsteams nahmen an einem der größten Hallenfußballturniere in der Steiermark teil. Beim Finale des AK ÖGB Betriebssportverbandes in Frohnleiten kämpften die 16 besten Mannschaften um den Sieg. Nach zweijähriger Dominanz von Mayr Melnhof wurde Böhler Edelstahl (im schwarzen Dress) neuer Landesmeister. Die Kapfenberger besiegten das Jägerbataillon aus Strass mit 3 : 2. Platz drei sicherten sich die Kicker von ÖBB Knittelfeld. (Foto: Langmann)



Alte Bücher

Beim traditionellen Flohmarkt der AK Bibliothek am 19. April im Foyer der Kammersäle müssen 4.000 Bücher raus, um Platz für Neuerwerbungen der auf 62.000 Exemplare angewachsenen Sammlung zu schaffen. Schätze aus allen Sparten können dabei zu günstigsten Preisen aufgestöbert werden. Der Reinerlös des Bücherbasars dient wieder einem karitativen Zweck.



Benefizspiel

Mit einem Scheck in Höhe von 6.000 Euro stellten sich Elfriede Kahr (Presseclub) und Walter Hiesel (Club Steiermark) bei Caritas Präsident Franz Küberl ein. Mit der Hälfte des Reinerlöses aus

einem Benefizfußball Turnier wird die Caritas bedürftige SteirerInnen unterstützen. Höhepunkt des Turniers war ein Promi Match, bei dem JournalistInnen gegen PolitikerInnen die Oberhand behalten hatten.



Entschleunigen

Für eine Entschleunigung des Arbeitslebens plädierte ein „Stiftungstaler Gespräch“ mit Univ. Prof. Dr. Manfred Walzl (im Bild mit AK Präsident Rotschädl), der eine Zunahme von Stress, Unzufriedenheit und psychischen Belastungen feststellte. Der AK Bereichsleiter Soziales, DDr. Werner Anzenberger (rechts), plädierte für mehr Kurzpausen und Ruhezeiten und einen Rechtsanspruch auf Sabbaticals und Bildungskarenz, um aus dem Trott herauszukommen.



Jugend auf der Grazer Messe

Sich richtig ins Bild setzen ist für einen neuen Job unerlässlich: Jugendliche können am großen AK Stand auf der Grazer Frühjahrsmesse (27.4. bis 1.5.) ein Bewerbungsfoto schießen lassen oder sich Expertentipps zum Thema Lehre, Ferialjob und Pflichtpraktikum holen. Die Arbeiterkammer verlost 50 Tickets für den Messeintritt. Um an der Verlosung teilzunehmen, genügt eine Mail an bjb@akstmk.at

MOFF HADERERS FEINES SCHUNDHEFTL

www.onlinemoff.at



Frühstück zum Wiedereinstieg -

Die Infotour für berufliche Wiedereinsteigerinnen startete quer durch die Steiermark mit einem Frauenfrühstück im Grazer Kammersaal.

Was ist zu beachten, wenn ich in Karenz gehe? Welche Variante des Kinderbetreuungsgeldes ist für meine Familie die optimale – und wie viel darf ich dazuverdienen? Was kann

ich tun, um nach der Baby-pause schnell einen neuen Job zu bekommen? Und wie finde ich eine geeignete Betreuung für mein Kind?

Viele Fragen beschäftigen Eltern, die aus der Karenz in den Beruf zurückkehren wollen. Antworten gibt es beim Frühstück Wiedereinstieg, das AK und AMS gemeinsam mit der Kinderdrehscheibe veranstalten. Und das Beste: Das Frühstück findet heuer, im fünften Jahr seines Bestehens, erstmals flächendeckend in allen steirischen Regionen statt.

Weitere Termine:

Deutschlandsberg: Mittwoch, 28. März

Liezen: Mittwoch, 25. April

Hartberg: Mittwoch, 23. Mai

Murau: Mittwoch, 19. September

Leoben: Mittwoch, 17. Oktober

Leibnitz: Mittwoch, 21. November

Beginn ist jeweils um 9.30 Uhr. Alle Betroffenen werden rechtzeitig schriftlich dazu eingeladen – um Anmeldung wird gebeten. Neben den Informationen von Fachfrauen gibt es ein kostenloses Frühstück und, wenn gewünscht, eine Kinderbetreuung.



Landesrätin Elisabeth Grossmann und AK-Frauenreferentin Bernadette Pöcheim beim Info-Frühstück (Langmann)

ZAK impressum

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8–14, Tel.: 05 7799 • www.akstmk.at • **Redaktion:** Rudolf Willgruber (Leitung), Dr. Michaela Felbinger, Mathias Grilj, Gerhard Haderer, Berndt Heidorn, Stephan Hilbert, Mag. Ursula Jungmeier-Scholz, Günther Terpotitz • **Lektorat:** Efi Papst • **Produktion:** Reinhold Feimuth • **Druck:** a-Print • **Auflage:** 333.000 Stück